Petition: Aufruf an den Bundesrat

Die Schweiz muss harte Massnahmen gegen den israelischen Staat ergreifen!

Mit der Unterstüzung des israelischen Staats und seiner diskriminatorischen Gesetzgebung werden palästinensische Familien gewaltsam aus ihren Häusern im Sheikh Jarrah-Viertel in Ostjerusalem vertrieben. Diese Vertreibungen sind Teil des israelischen Plans, das demographische Gleichgewicht der Stadt zu Ungunsten der palästinensischen Bevölkerung zu verschieben, indem sich Siedler*innen auf gestohlenem und gewaltsam erworbenem Land niederlassen.

Die Besetzung Ostjerusalems und des dort gelegenen Sheikh Jarrah-Viertels durch den israelischen Staat wird von der internationalen Gemeinschaft nicht als solche anerkannt. Die israelischen Sicherheitskräfte sind der unbewaffneten Zivilbevölkerung gegenüber stark überlegen und gehen völlig ungestraft und unter Missachtung des internationalen Rechts gegen diese vor. Die seit Jahren anhaltende illegale Besestzung Ostjerusalems und die Versuche, diesen Teil der Stadt gewaltsam zu verwalten, dürfen auf keinen Fall die Gewalt rechtfertigen, die heute vom israelischen Kolonialstaat ausgeht.

Die Besetzerarmee reagierte mit Gewalt gegen die Demonstrationen der palästinensischen Bevölkerung gegen die Evakuierungen und die Besetzung Ostjerusalems. Mittem im Ramadan griff sie die Al-Aqsa-Moschee an. Mehrere hundert Personen wurden dabei verletzt, und die Armee verwehrte sowohl der Presse wie auch den Sanitätsdiensten den Zutritt zum Ort des Geschehens. Den Solidaritätsbekundungen mit Sheikh Jarrah, die im ganzen Land stattfinden, begegnet die Besetzerarmee systematisch mit gewaltsamer und bewaffneter Repression.

Die gegenwärtigen Ereignisse rund um Sheikh Jarrah bringen die Gewalt der Kolonisierung Palästinas ans Licht. Es ist wichtig, sich in Erinnerung zu rufen, dass diese Ereignisse nichts Neues und auch keine Ausnahmeerscheinung sind. Die Apartheid-Politik, welche die israelische Regierung in den besetzten Palästinensergebieten ausübt, ging immer schon mit der Unterdrückung und mit systematischer Gewalt gegen die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland und im Gazastreifen einher.

Für uns gibt es im "israelisch-palästinensischen Konflikt" keine "geteilte Verantwortung", sondern einen bewaffneten, unterdrückenden und segregationistischen Kolonialstaat, der einer von Geburt an systematisch entwaffneten und diskriminierten Bevölkerung gegenübersteht. In Solidarität mit dem Kampf der Palästinenser für ihr Recht auf Selbstbestimmung und ihr Leben können wir die Ausschreitungen der israelischen Regierung und ihrer Armee nicht länger hinnehmen. Wir rufen die gewählten Vertreter, politische Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen und Einzelpersonen dazu auf, gegen die elende koloniale Gewalt und Apartheid in Palästina Stellung zu beziehen und diesen Appell zu unterzeichnen. Wir fordern, dass der Bundesrat klar Stellung bezieht gegen diese Missstände, die nirgendwo sonst auf der Welt toleriert würden. Wir fordern auch die Bundesbehörden auf, im Rahmen von Handelsabkommen entsprechende Sanktionen gegen den Staat Israel zu verhängen und Geschäfte auszusetzen, die den Kauf oder Verkauf von Waffen und Kriegsmaterial beinhalten.

Angesichts der neuen Gewaltverbrechen dürfen wir nicht schweigen. Aus diesem Grund laden wir möglichst viele Organisationen, Kollektive und Einzelpersonen ein, diesen Appell zu unterzeichnen, auch unter **http://change.org/solidaritesuissepalestine**

N°	**Nachname, Vornama**	**Adresse** (Strassse, PLZ, Ort)	**Unterschrift**
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			
7.			
8.			
9.			
10.			

Dieser Appell wird unterstützt von (Stand: 1/06/21): Gesellschaft Schweiz-Palästina (GSP), Centrale Sanitaire Suisse Romande, Collectifs Urgence Palestine Vaud et Genève, Collectif action Palestine Neuchâtel, décroissance-alternatives, Jeunes POP, Jeunesse solidaire, Palästina Petition Mai-Juni 2021. GFP, Mouvement pour le socialisme, Parti du Travail Genève, Solidarité internationale Suisse-Palestine, solidaritéS CH

Die Unterschriften werden am 29. Juni 2021 bei den Parlamentsdiensten in Bern hinterlegt.

Einsenden bis spätestens 24. Juni 2021 an Gesellschaft Schweiz-Palästina, 3001 Bern